

# Hauptsatzung der Ortsgemeinde Rammelsbach vom 06.06.2016

Der Ortsgemeinderat hat auf Grund der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung (GemO), der §§ 7 und 8 der Landesverordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemODVO) sowie des § 2 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung kommunaler Ehrenämter (KomAEVO) die folgende Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekanntgemacht wird:

## INHALTSVERZEICHNIS

- § 1 Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben
- § 2 Ausschüsse des Ortsgemeinderates
- § 3 Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf Ausschüsse
- § 4 Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister
- § 5 Beigeordnete
- § 6 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Ortsgemeinderates und der Ausschüsse
- § 7 Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters
- § 8 Aufwandsentschädigung der Beigeordneten
- § 9 Aufwandsentschädigung für Feldgeschworene
- § 10 In-Kraft-Treten

### § 1

#### Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben

- 1) Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde erfolgen in einer Zeitung. Der Ortsgemeinderat entscheidet durch Beschluss, in welcher Zeitung die Bekanntmachungen erfolgen. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.
- 2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Verbandsgemeindeverwaltung Altenglan zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bekanntgemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor dem Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens 7 volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.
- 3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten, gilt Absatz 2 entsprechend.
- 4) Dringliche Sitzungen im Sinne des § 8 Abs. 4 DVO zu § 27 GemO des Ortsgemeinderates, eines Ortsbeirates oder eines Ausschusses werden abweichend von Absatz 1 durch Aushang an folgenden Bekanntmachungstafeln bekannt gemacht, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung gemäß Absatz 1 nicht mehr möglich ist:

**Breitscheidstraße 10,  
Glanstraße - Abzweigung Haschbacher Straße,  
Haschbacher Straße - Abzweigung Tiefenbachstraße**

- 5) Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so erfolgt in unaufschiebbaren Fällen die öffentliche Bekanntmachung durch öffentlichen Aushang an den in Abs. 4 genannten Bekanntmachungstafeln. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form nachzuholen, sofern nicht der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.
- 6) Sonstige Bekanntgaben erfolgen gemäß Absatz 1, sofern nicht eine andere Bekanntmachungsform vorgeschrieben ist.

## § 2

### Ausschüsse des Ortsgemeinderates

- 1) Der Ortsgemeinderat bildet folgende Ausschüsse:
  1. Haupt- und Finanzausschuss
  2. Rechnungsprüfungsausschuss
- 2) Bei besonderem Bedarf können folgende Ausschüsse gebildet werden:
  1. Bau- und Umweltausschuss
  2. Jugend-, Kultur- und SportausschussDer Ortsgemeinderat entscheidet durch Beschluss, ob besonderer Bedarf besteht.
- 3) Die Ausschüsse bestehen jeweils aus fünf Mitgliedern und jedes Mitglied hat einen Stellvertreter.
- 4) Die Ausschüsse werden aus Mitgliedern des Ortsgemeinderates und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern der Ortsgemeinde gebildet, mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses, der nur aus Ratsmitgliedern besteht. Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder soll Mitglied des Ortsgemeinderates sein. Entsprechendes gilt für die Stellvertreter der Ausschussmitglieder.

## 3

### Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf Ausschüsse

- 1) Soweit einem Ausschuss die Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht übertragen ist, hat der Ausschuss innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches die Beschlüsse des Ortsgemeinderates vor zu beraten. Berührt eine Angelegenheit den Zuständigkeitsbereich mehrerer Ausschüsse, so obliegt dem Haupt- und Finanzausschuss die Federführung. Dem Haupt- und Finanzausschuss obliegt insbesondere auch die Vorbereitung der Beschlüsse des Ortsgemeinderates über
  - den Haushaltplan und die Finanzplanung,
  - die Satzungen,
  - die Bauleitplanung und
  - die Zustimmung zu Personalentscheidungen des Bürgermeisters gemäß § 47 Abs. 2 GemO
- 2) Die Übertragung der Beschlussfassung über eine bestimmte Angelegenheit auf einen Ausschuss erfolgt durch Beschluss des Ortsgemeinderates. Sie gilt bis zum Ende der Wahlzeit des Ortsgemeinderates, soweit ihm die Beschlussfassung nicht entzogen wird.
- 3) Dem Haupt- und Finanzausschuss wird die Beschlussfassung über die folgenden Angelegenheiten übertragen:
  1. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten ab einer Wertgrenze von 5.000 Euro bis zu einer Wertgrenze von 7.500 Euro je Einzelfall im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
  2. Verfügung über Gemeindevermögen ab einer Wertgrenze von 5.000 Euro bis zu einer Wertgrenze von 7.500 Euro je Einzelfall im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## § 4

### Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister

- 1) Auf den Ortsbürgermeister wird die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:
  1. Unbefristete Niederschlagung sowie Erlass gemeindlicher Forderungen.
  2. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen oder Auszahlungen.
  3. Ausübung des Vorkaufsrechtes, sofern die haushaltsmäßige Finanzierung gesichert ist.
  4. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten bis zu einer Wertgrenze von 5.000 Euro je Einzelfall im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

5. Verfügung über Gemeindevermögen bis zu einer Wertgrenze von 5.000 Euro je Einzelfall im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
  6. Einvernehmen in den Fällen des § 14 Abs. 2 BauGB, des § 36 BauGB und in den Fällen des § 34 BauGB, wenn durch das Bauvorhaben die Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung nicht berührt werden,
  7. Entscheidung über die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln zur Fristwahrung.
- 2) Die Übertragung der Entscheidungen nach Abs. 1 Nr. 1 -3 erfolgt, soweit sie von nicht erheblicher Bedeutung sind. Entscheidungen sind dann von erheblicher Bedeutung, wenn im Einzelfall die in der jeweils gültigen Haushaltssatzung der Ortsgemeinde festgesetzte Wertgrenze für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen überschritten wird. Soweit die Haushaltssatzung keine Regelungen vorsieht, gilt eine Wertgrenze von bis zu 2.500 Euro im Einzelfall.

## **§ 5 Beigeordnete**

Die Ortsgemeinde hat bis zu drei Beigeordnete.

## **§ 6 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Ortsgemeinderates und der Ausschüsse**

- 1) Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Ratsmitglieder sowie die Mitglieder der Ausschüsse keine Aufwandsentschädigung. Ebenso werden keine Fahrkosten für Fahrten zwischen Wohnort und Sitzungsort erstattet.
- 2) Für Dienstreisen werden Reisekosten nach dem Landesreisekostengesetz vergütet, sofern diese vom Ortsbürgermeister angeordnet waren.
- 3) Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt; er umfasst bei Arbeitnehmern auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Selbstständig tätige Personen erhalten auf Antrag Verdienstaufschlag in Höhe eines Durchschnittssatzes, dessen Höhe vom Ortsgemeinderat festgesetzt wird. Personen, die einen Lohn- oder Verdienstaufschlag nicht geltend machen können, denen aber im häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten einen Ausgleich entsprechend den Bestimmungen des Satzes 2.

## **§ 7 Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters**

- 1) Der Ortsbürgermeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO.
- 2) Sofern nach den steuerrechtlichen Bestimmungen die Entrichtung der Lohnsteuer nach einem Pauschsteuersatz möglich ist, wird die pauschale Lohnsteuer von der Ortsgemeinde getragen. Die pauschale Lohnsteuer und pauschale Sozialversicherungsbeträge werden auf die Aufwandsentschädigung nicht angerechnet.
- 3) § 6 Absatz 3 gilt entsprechend.

## **§ 8**

### **Aufwandsentschädigung der Beigeordneten**

- 1) Ehrenamtliche Beigeordnete erhalten für den Fall der Vertretung des Ortsbürgermeisters eine Aufwandsentschädigung in Höhe der Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters nach § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO. Erfolgt die Vertretung des Ortsbürgermeisters nicht für die Dauer eines vollen Monats, so beträgt sie für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel des Monatsbetrags der dem Ortsbürgermeister zustehenden Aufwandsentschädigung. Erfolgt die Vertretung während eines kürzeren Zeitraumes als einen vollen Tag, so beträgt die Aufwandsentschädigung die Hälfte des Tagessatzes nach Satz 2.
- 2) Ehrenamtliche Beigeordnete, die nicht Mitglied des Verbandsgemeinderates sind, jedoch in Vertretung des Ortsbürgermeisters an Sitzungen des Verbandsgemeinderates teilnehmen und denen keine Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 gewährt wird, erhalten für die Teilnahme an diesen Sitzungen von der Ortsgemeinde eine Aufwandsentschädigung. Sie beträgt je Sitzung die Hälfte des Tagessatzes gemäß Absatz 1 Satz 2. Dies gilt auch die Teilnahme an Besprechungen des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde mit den Ortsbürgermeistern gemäß § 69 Abs. 4 GemO.
- 3) § 6 Absatz 1 Satz 2, Absätze 2 und 3 sowie § 7 Absatz 2 gelten entsprechend.

## **§ 9**

### **Aufwandsentschädigung für Feldgeschworene**

- 1) Die Feldgeschworenen erhalten für ihre Mitwirkung bei Abmarkungen sowie für die Grenzbegehungen eine Entschädigung, die nach Stunden bemessen wird; die Zeiten für die Wegstrecken vom Wohnsitz bis zum Tätigkeitsort und zurück werden berücksichtigt. Die Entschädigung beträgt 10,00 Euro je Stunde. Angefangene halbe Stunden sind mit der Hälfte des Stundensatzes zu entschädigen.
- 2) § 7 Absatz 2 gilt entsprechend.

## **§ 10**

### **In-Kraft-Treten**

- 1) Diese Hauptsatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- 2) Gleichzeitig treten die Hauptsatzung vom 13.10.1994, die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 09.10.1996 sowie die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 09.07.2014, außer Kraft.

Rammelsbach, den 06.06.2016

(Thomas Danneck)  
Ortsbürgermeister